



LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

SOLINGEN





Foto: Yildiray Yücel Kamanmaz/Pixabay

Schwerpunkt: Clankriminalität

S.13 [Anhörung zur Vermögensabschöpfung](#)

S.14 [Standpunkte](#)

Plenum

S. 3 [Landtag trauert um die Opfer von Solingen](#)

Gedenken nach mutmaßlich islamistischem Anschlag

S. 4 [Solingen und die Folgen](#)

Landesregierung kündigt Maßnahmenpaket an

S. 6 [Islam und Religionsunterricht](#)

Debatte um gefälschte Lehrerlaubnisse

S. 7 [Haushalt 2025](#)

Auftakt der Beratungen

S. 8 [Meldungen aus dem Plenum](#)

S. 11 [Grüner Stahl und die Kosten](#)

Aktuelle Stunde zu Thyssenkrupp

S. 12 [Gesetzgebung](#)

Forum

S. 16 [Kreative Ideen zu den Rechten von Kindern](#)

Start des Mal- und Bastelwettbewerbs

S. 17 [Eine Nacht der Demokratie](#)

Parlamentsnacht mit viel Programm am 27. September

S. 18 [Aus den Fraktionen](#)

Forum

S. 20 [Rückblick: Nordrhein-Westfalen-Tag in Köln](#)

Große Resonanz auf Mitmachaktion

S. 22 [Porträt: Dr. Günther Bergmann \(CDU\)](#)

S. 23 [Kurz notiert](#)





Die Abgeordneten gedachten in einer Schweigeminute der Opfer des Anschlags in Solingen.

Fotos: Schälte

PLENUM

Landtag trauert um die Opfer von Solingen

August/September 2024 – Der Landtag trauert um die Opfer des Anschlags von Solingen. Ein 26 Jahre alter Syrer hatte während eines Stadtfestes drei Menschen getötet und acht weitere verletzt. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hat den Anschlag für sich reklamiert.

Der Schock sitzt tief im ganzen Land. Auch im Landesparlament galten die Gedanken zuallererst den Opfern und Angehörigen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, legte neben dem Plenarsaal ein Kondolenzbuch aus. Die parlamentarische Aufarbeitung hat begonnen, unter anderem mit einer Sondersitzung des Plenums am 30. August 2024 (S. 5).

„Unsere Demokratie ist stark“

Zu Beginn gedachten die Abgeordneten mit einer Schweigeminute der Opfer der Messerattacke. Landtagspräsident André Kuper sprach den Familien und Angehörigen der Ermordeten, den körperlich wie seelisch Verwundeten und der gesamten Solinger Stadtgemeinschaft das tief empfundene Mitgefühl des Parlaments aus und dankte den Rettungskräften.

„Der mutmaßlich islamistische Terror von Solingen ist eine Zäsur“, sagte der Präsident. Es bedürfe einer ehrlichen Aufarbeitung. „Allen, die uns einreden wollen, dass die Staatsgewalt an ihre Grenze gelangt sei, sage ich: Unsere Demokratie ist stark, sie ist handlungsfähig und nur die Demokratie ist lernfähig.“

Am Freitag, 23. August 2024, gegen 21.30 Uhr, hatte ein Mann während eines Stadtfestes in Solingen mit einem Messer auf Besucherinnen und Besucher eingestochen. Dabei starben zwei Männer im Alter von 67 und 56 Jahren sowie eine 56 Jahre alte Frau. Acht weitere Menschen wurden verletzt, zum Teil lebensgefährlich.

Es gelang dem Täter zunächst zu entkommen. Am Folgetag nahm die Polizei einen Tatverdächtigen fest. Es handelt sich um Issa Al H., der Ende des Jahres 2022 in Deutschland Asyl beantragt hatte und im vergangenen Jahr nach Bulgarien abgeschoben werden sollte. Die Abschiebung misslang jedoch.

Die Bundesanwaltschaft hat Ermittlungen gegen den Tatverdächtigen wegen Mordes, versuchten Mordes und des Verdachts auf Mitgliedschaft in der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) aufgenommen.

Die Stadt Solingen wollte mit dem „Festival der Vielfalt“ ihr 650-jähriges Bestehen feiern. Infolge des Anschlags waren dort

„Solingen ist eine Zäsur.“

André Kuper, Präsident des Landtags



zahlreiche Rettungskräfte, Notfallseelsorgerinnen und -seelsorger sowie weitere Helferinnen und Helfer im Einsatz.

Im Vorfeld der Sondersitzung des Plenums traf Landtagspräsident André Kuper die stellvertretenden Bürgermeister von Solingen sowie einige Einsatzkräfte aus Solingen im Düsseldorfer Landtag. In einem Gespräch drückten Mitglieder des Landtagspräsidiums und der Landesregierung den Gästen ihre Anteilnahme am Geschehenen sowie ihren Dank aus.

red

Sicherheit, Migration, Präventi

11. September 2024 – Das Attentat von Solingen hat Diskussionen über Konsequenzen für die Migrations- und Sicherheitspolitik ausgelöst. Drei Menschen wurden bei dem Anschlag eines mutmaßlichen Islamisten getötet, acht weitere verletzt. Der Landtag hat nach einer Unterrichtung durch die Landesregierung über die Folgen debattiert.



Die Anteilnahme in Solingen ist groß.

Foto: Schälte

Die Unterrichtung trug den Titel „Nordrhein-Westfalen nach Solingen: Sicherheit, Migration, Prävention – den Worten Taten folgen lassen“. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) stellte ein am Vortag vom schwarz-grünen Kabinett beschlossenes Maßnahmenpaket vor.

Angesichts des Terroranschlags in Solingen und der Wahlergebnisse in Thüringen und Sachsen sprach Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) von einer „doppelten Zäsur für Deutschland“. In dem beschlossenen Maßnahmenpaket enthalten seien mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz, ebenso ein besserer Datenaustausch. „Virtuelle Ermittler“ sollen in Sozialen Medien auf Streife gehen, zudem ist der Einsatz Künstlicher Intelligenz vorgesehen. Geplant seien zudem eine zweite Abschiebehaftanstalt und drei zusätzliche Asylkammern an den Verwaltungsgerichten. Gestärkt werden solle die Prävention im Internet, in Flüchtlingsunterkünften und in der Schule.

„Wir sind nicht bereit, mit der Abschaffung der Freiheit die Freiheit zu verteidigen“, reagierte SPD-Fraktionschef **Jochen Ott** auf die Unterrichtung. Als Erstes müsse geltendes Recht in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Es gebe kein funktionierendes Abschiebemanagement. Ott kritisierte ein „Regierungs- und Behördenversagen“. Geplante Kürzungen im Haushalt 2025 bei der Integration, Prävention, Polizei und beim Verfassungsschutz seien „schlicht fahrlässig“. Zudem wünschten sich die Kommunen

seit Jahren mehr Unterstützung des Landes bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten.

Das Maßnahmenpaket des Kabinetts sei die „Antwort, auf die die Menschen gewartet haben“, sagte CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick**. Es gelte, „schnell, entschlossen und gründlich zu handeln“. Die Landesregierung habe Worten schnell Taten folgen lassen und zum Beispiel die Polizeipräsenz auf Volksfesten erhöht. Wichtig sei, „online noch stärker auf Streife zu gehen“ und beim Thema Islamismus auf „virtuelle Ermittler“ zu setzen. Erforderlich seien zudem Anpassungen im Migrationsrecht. Was nicht funktioniert habe, müsse verbessert werden. „Abschiebungen dürfen nicht am Datenschutz scheitern“, sagte Schick.

„Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“

Das Attentat hätte auch bei der bestehenden Rechtslage verhindert werden können, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Die Landesregierung sei politisch dafür verantwortlich, dass dies nicht gelungen sei. Der Anschlag sei wegen eines Behördenversagens möglich gewesen. Höne kritisierte, dass andere Fraktionen an den Beratungen über das Maßnahmenpaket nicht beteiligt worden seien. Wüsts Begriff der „Demokratischen Mitte“ werde so zu einem „leeren Versprechen“. Dennoch fänden viele Maßnahmen die Zustimmung der FDP. Man werde aber sehr genau darauf achten, dass die „Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“ erhalten bleibe.

Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** sagte, Europa stehe am Beginn einer neuen Terrorwelle, die aber durch entschlossenes Handeln gebrochen werden könne. Die Landesregierung ergreife

Fotos: Hartmann



Ministerpräsident
Hendrik Wüst (CDU)

Jochen Ott
(SPD)

on – Solingen und die Folgen

Sondersitzung nach dem Anschlag

30. August 2024 – Bereits eine Woche nach dem Attentat kam der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen, um über Umstände, Ursachen und mögliche Konsequenzen zu sprechen. Die Unterrichtung der Landesregierung trug den Titel „In Trauer vereint und entschlossen für die Freiheit – Nordrhein-Westfalen nach Solingen“.

Das Attentat habe das Land ins Mark getroffen, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Es habe aber keinen Keil in die Gesellschaft treiben können. Islamistische Radikalisierung vollziehe sich vor allem über Social-Media-Kanäle. Er forderte eine verfassungskonforme Ausgestaltung einer Vorratsdatenspeicherung. Irreguläre Migration müsse beendet werden.

„Wir stehen zusammen“, betonte auch SPD-Fraktionschef **Jochen Ott**. Man werde nicht zulassen, dass „Rechte und Faschisten“ nun gegen friedlich im Land lebende Zugewanderte hetzen. Die Landesregierung sei nicht in der Lage gewesen, die Rückführung des Tatverdächtigen durchzusetzen.

Innerhalb weniger Minuten sei die ausgelassene Stimmung in Solingen in Schock umgeschlagen, sagte CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick**. Das Attentat sei „auch ein Angriff auf uns alle und unsere Art zu leben“. Verfahren müssten überdacht werden, um Menschen ohne Recht auf Asyl in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** bezeichnete den Anschlag in Solingen als einen der „dunkelsten Momente in unserer Landesgeschichte“. Jetzt sei es an der

Zeit für eine „neue Realpolitik bei den Themen Flucht und Migration“. Erforderlich sei unter anderem eine weitere Abschiebehaftanstalt in NRW.

„Wir müssen mit aller Härte des Rechtsstaats gegen den Islamismus vorgehen“, forderte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Es stellten sich eine Reihe von innen- und asylpolitischen Fragen. Die Menschen erwarteten zu Recht Antworten. Die Landesregierung arbeite intensiv an der Klärung der Hintergründe.

„Die innere Sicherheit wird mehr und mehr zu einem nostalgischen Gefühl“, sagte AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincenz**. „Der Angriff in Solingen war in seiner Willkür ein Angriff auf uns alle.“ Die Politik habe den Bürgerinnen und Bürgern „außer leeren Worten nichts mehr zu bieten“.

Am Vortag der Plenarsitzung, am 29. August 2024, waren auf Antrag der Opposition Innen- und Integrationsausschuss zu einer gemeinsamen Sondersitzung zusammengekommen. Innenminister **Herbert Reul** (CDU) und die für Flucht zuständige Integrationsministerin **Josefine Paul** (Grüne) informierten die Ausschüsse über erste Erkenntnisse und stellten sich den Fragen.

red

sehr konkrete Maßnahmen für die Sicherheit der Menschen und die Verteidigung der Freiheit. So würden die Sicherheitsbehörden gestärkt. Es gehe aber auch darum, die humanitären Werte beizubehalten. Das individuelle Recht auf Asyl bleibe bestehen, das Land sei solidarisch mit denen, die Schutz benötigten. Zugleich wisse man, dass nicht alle bleiben könnten. Daher müssten die Verfahren zur Rückführung weiter verbessert werden.

Markus Wagner (AfD) betonte, dass der Tatverdächtige von Solingen gar nicht hätte im Land sein dürfen. Der Staat habe versagt. Der Abgeordnete sprach auch von einem „Abschiebeversagen“

und von „ungeschützten Grenzen“. Nach den Wahlergebnissen von Thüringen und Sachsen handle die Regierung nun wie ein „aufgeschreckter Hühnerhaufen“. Er kritisierte insbesondere die Politik der Grünen und betonte, wer CDU wähle, erhalte Grün. Wagner forderte unter anderem „Zurückschiebungen“ von Migrantinnen und Migranten an den Grenzen. Es gebe eine Notlage nach europäischem Recht.

sow, zab, wib

Videos beider Sitzungen: landtag.nrw.de/Mediathek



Islam und Religionsunterricht

11. September 2024 – Um Unregelmäßigkeiten beim islamischen Religionsunterricht ging es in einer Aktuellen Stunde. Die FDP-Fraktion hatte die Aussprache beantragt. Hintergrund waren Berichte über gefälschte Lehrerlaubnisse.



Bei der Überprüfung der Lehrkräfte des Islamunterrichts durch das Schulministerium seien mehrere Unregelmäßigkeiten aufgefallen, heißt es im Antrag auf die Aktuelle Stunde ([18/10589](#)). Hintergrund ist der Betrugsfall eines falschen Islamberaters. Gefälschte Dokumente erschütterten das Vertrauen in den Islamunterricht in NRW, heißt es im Antrag weiter. Die Landesregierung müsse lückenlos aufklären und erklären, welche Konsequenzen sie nun ziehe.

Mindestens drei gefälschte Lehrerlaubnisse seien bekannt geworden, sagte **Franziska Müller-Rech** (FDP). Sie kritisierte, dass die Schulministerin den islamischen Religionsunterricht trotzdem „kritiklos verlängern“ wolle, und zwar bis 2031. Demgegenüber erklärte Rech den Islamunterricht für gescheitert. Zur Begründung führte sie eine Studie an, nach der unter angehenden Lehrkräften antisemitische oder extremistische Positionen vielfach verbreitet seien. Außerdem nähmen „erkonservative Islamverbände“ zu viel Einfluss. Rech sprach sich stattdessen für ein flächendeckendes Schulfach „Praktische Philosophie“ oder „Ethik“ aus.

Ethik- statt Religionsunterricht?

Florian Braun (CDU) widersprach: Religionsunterricht lehre Kinder und Jugendliche, sich mit der eigenen und mit fremden Religionen kritisch auseinanderzusetzen und sich mit ihrer Religion in der Welt zu verorten. Das biete Ethikunterricht nicht. Nach dem Betrugsfall habe die Landesregierung die rund 300 erteilten Lehrerlaubnisse überprüft – zwei weitere Fälle „scheinen sich daraus ergeben zu haben“, erklärte Braun. Diese würden nun strafrechtlich und disziplinarisch aufgearbeitet. Er kritisierte, die FDP nehme eine ganze Religion ins Visier. „Lassen Sie uns gemeinsam den islamischen Religionsunterricht weiterentwickeln“, schlug er stattdessen vor.

Betrügern müsse das Handwerk gelegt werden, sagte **Sven Wolf** (SPD). Beim Antrag der FDP-Fraktion könne aber der Eindruck entstehen, es gehe um die Abschaffung des islamischen Religionsunterrichts. Wolf wies auf die verfassungsrechtliche Verankerung der Religionsfreiheit und die Bedeutung des Religionsunterrichts

hin. Laut Landesverfassung handle es sich um ein „ordentliches Lehrfach an Schulen“. Der Religionsunterricht sei „ausdrücklich kein Privileg der großen Kirchen“, sondern grundsätzlich für alle Religionsgemeinschaften verbürgt. Die SPD-Fraktion stehe zum Islamunterricht in Schulen.

Die Hintergründe der gefälschten Lehrerlaubnisse müssten aufgeklärt werden, sagte **Lena Zingsheim-Zobel** (Grüne). Allerdings dürften die Fälschungen kein Auslöser sein, den islamischen Religionsunterricht abzuschaffen. Das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. „Auf keinen Fall werden wir 470.000 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit entziehen, einen ihrer Konfession entsprechenden Religionsunterricht zu besuchen“, sagte Zingsheim-Zobel. Über Verbesserungen und Weiterentwicklungen spreche sie dagegen gerne. Sie verwies auf die hohe Qualität der vorhandenen Studiengänge in Münster und Paderborn.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD) kritisierte die FDP-Fraktion für ihren Antrag zur Aktuellen Stunde. Es sei die damalige FDP-Schulministerin gewesen, die die Beteiligung des Islamverbands Ditib an der Organisation des Islamunterrichts mit einer Satzungsänderung des Verbands begründet habe. Diese Änderung sei angesichts der Skandale rund um Ditib „lächerlich“ gewesen. Die FDP habe ganz explizit zur Festigung des Islamunterrichts in Nordrhein-Westfalen beigetragen, obwohl andere Bundesländer wie Hessen die Zusammenarbeit mit der Ditib beendet hätten.

Schulministerin **Dorothee Feller** (CDU) wies die FDP-Forderung zurück, den Islamunterricht abzuschaffen. Nordrhein-Westfalen sei wie kaum ein anderes Bundesland durch kulturelle und religiöse Vielfalt geprägt. Diese Vielfalt sei Grundlage des friedlichen Zusammenhalts der Gesellschaft. Damit dies so bleibe, sei es von großer Bedeutung, Schülerinnen und Schüler ein auf Offenheit, Toleranz und Respekt fußendes Weltbild zu vermitteln. Feller wies auch darauf hin, dass der Betrug durch den Islamberater zu einer Zeit bekannt geworden sei, als die FDP das Schulministerium geführt habe. Damals sei aber keine Prüfung der Lehrerlaubnisse veranlasst worden.

sow, zab, wib

Streit um die Finanzen

13. September 2024 – Der Landtag hat seine Beratungen zum Haushalt 2025 aufgenommen. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) brachte den Entwurf der Landesregierung in 1. Lesung ein. Der Etat hat ein Volumen von 105,5 Milliarden Euro. Von der Opposition kam deutliche Kritik.

Aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung plant die Landesregierung eine Aufnahme neuer Schulden ([18/10300](#)). Der Minister geht derzeit von rund 1,34 Milliarden Euro aus. Die Steuereinnahmen werden auf 79,8 Milliarden Euro geschätzt. Die Investitionsausgaben steigen von 10,6 Milliarden Euro im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2024 (siehe Kasten) auf 10,9 Milliarden Euro.

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) sagte, CDU und Grüne stellten mit dem Haushaltsentwurf 2025 angesichts großer Herausforderungen die richtigen Weichen. Die Koalition halte Kurs und investiere zielgerichtet. Die Prioritäten lägen auf Kindern, Bildung, Sicherheit und der industriellen Transformation. So sei die Rekordsumme von fast 42 Milliarden Euro für die Zukunft der Kinder eingeplant. Bei der Nutzung der Konjunkturkomponente für die Aufnahme von Krediten würden die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten.

Bildung, Sicherheit, Wirtschaft

SPD-Fraktionschef **Jochen Ott** warf der Landesregierung Heuchelei vor. Sie behaupte, die Innere Sicherheit zu stärken, kürze aber in diesem Bereich. Auch der Verfassungsschutz werde durch Einsparungen geschwächt. Der Personalmangel in der Justiz werde immer schlimmer. Ott kritisierte auch Sozialabbau, ein „Versagen in der Bildungspolitik“ und fehlende Investitionen in die Infrastruktur. Die frühkindliche Bildung sei unterfinanziert, Schwarz-Grün sei eine Belastung für Familien. Ott betonte: „Ein besseres Land ist möglich.“

„Ein Optimist findet immer einen Weg, ein Pessimist findet immer eine Sackgasse“, kommentierte CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** mit einem Zitat des US-Schriftstellers Napoleon Hill die Äußerungen seines Vorredners. Die Bundesregierung mache Politik auf Kosten der Bundesländer und Kommunen, weswegen dem Land 4 Milliarden Euro fehlten. Hinzu kämen Steuermindereinnahmen. Eine solche Haushaltslage habe sich niemand gewünscht. Sie erfordere schwere, aber notwendige Entscheidungen. Im NRW-Haushalt gelinge ein „kluger Ausgleich zwischen Sparen und Gestalten“.

„Ihnen ist die Haushaltspolitik schon lange entglitten“, attestierte FDP-Fraktionschef **Henning Höne** der Landesregierung. „Sie gehen an das Limit dessen, was die Schuldenbremse erlaubt.“ Zudem würden landeseigene Betriebe als Sparschwein missbraucht. Auch die Regierungsbilanz sei ernüchternd, die Innen- und Asylpolitik ein „Sicherheitsrisiko“. Die grüne Wirtschaftspolitik führe zur „roten Laterne“. Und „Woanders ist auch bescheiden“ dürfe nicht der Anspruch für die Bildungspolitik im eigenen Land sein.

Die im Etat 2025 vorgesehenen Investitionen würden helfen, den Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen zu stärken und das Land für die Zukunft aufzustellen, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. Es handle sich um den größten Landeshaushalt aller Zeiten. Mit der Kreditaufnahme über die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse Sorge man für Verlässlichkeit. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation seien aber auch Einsparungen nötig. Jedes wegfallende Projekt sei schmerzlich, sagte Brems.

Das „diffizile Ökosystem NRW“ sei gänzlich aus den Fugen geraten, sagte AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz**. Er wies auf eine Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent hin, auf Fachkräfte, die abwanderten. Das könne auf Dauer nicht gutgehen. Es fehle eine wirtschaftliche Perspektive. Vincentz kritisierte zudem etliche der geplanten Investitionen: „Sie leben weit über Ihre Verhältnisse und lassen die Bürger die Zeche bezahlen“, sagte er in Richtung Landesregierung.

Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen. *wib, sow, zab*

In erster Lesung berieten die Abgeordneten auch über den Entwurf für den Nachtragshaushalt 2024 ([18/9900](#)). Das Volumen soll auf 102,6 Milliarden Euro gegenüber 102,1 Milliarden Euro im verabschiedeten Haushaltsgesetz 2024 steigen. Erstmals will die Landesregierung die sogenannte Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse nutzen und 2 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen. Hintergrund ist laut Finanzminister Optendrenk die schlechte konjunkturelle Entwicklung mit entsprechend geringeren Steuereinnahmen. Auch der Entwurf für den Nachtragsetat wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

AUS DEM PLENUM

KI im Straßenverkehr

11.9.2024 – Die Landesregierung solle den Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) in der Straßenverkehrsplanung weiter vorantreiben. Dies fordern die Fraktionen von CDU und Grünen in einem Antrag ([18/10426](#)). Ziel seien „innovative und nachhaltige Verkehrskonzepte“ für eine „Mobilität der Zukunft“. Davon könnten unter anderem Kommunen, die Logistikbranche sowie alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer profitieren. Durch den Einsatz von KI sei es möglich, Engpässe vorherzusagen und Verkehrsflüsse zu verbessern. Dies könne ein „Beitrag zu einer komfortableren, sicheren, effizienteren und umweltfreundlicheren Mobilität“ sein. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.



Meldestellen gegen Diskriminierung

11.9.2024 – In einer Großen Anfrage ([18/8402](#)) hat die AfD-Fraktion Informationen zum Aufbau von geplanten Meldestellen gegen Diskriminierung gefordert. Diese sollen Fälle von Queer- und Islamfeindlichkeit, Rassismus und Antiziganismus erfassen sowie den Betroffenen passende Ansprechstellen vermitteln. Die Große Anfrage enthält 80 Fragen, unter anderem zur Anzahl der geplanten Meldestellen und zur Bedeutung des Begriffs „allgemeiner Rassismus“. Aus der Antwort der Landesregierung ([18/9680](#)) geht unter anderem hervor, dass vier Meldestellen geplant seien. In Verbindung mit der Großen Anfrage wurde ein Antrag der AfD zum selben Thema debattiert ([18/10509](#)). Er wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ungewollte Kinderlosigkeit

11.9.2024 – Die FDP-Fraktion spricht sich für eine landeseigene Förderung von sogenannten Kinderwunschbehandlungen auch ohne Beteiligung des Bundes aus. Sie kritisiert in ihrem Antrag ([18/10526](#)), dass die Landesregierung im Mai entsprechende

Förderprogramme für die medizinischen Behandlungen ausgesetzt habe, weil der Bund seinerseits seine Mittel kürze. „Die betroffenen Paare, die ohnehin mit emotionalen und finanziellen Belastungen kämpfen, dürfen nicht zusätzlich durch politische Entscheidungen verunsichert werden“, heißt es in dem Antrag. Die FDP fordert ein „klares Signal im Landeshaushalt 2025“. Es müsse sichergestellt werden, „dass ausreichende Mittel für die Förderung der Kinderwunschbehandlungen bereitgestellt werden, unabhängig von der Beteiligung des Bundes“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.

Sexualpädagogik in Kitas

11.9.2024 – Von einer „Frühsexualisierung im Kindergarten“ spricht die AfD-Fraktion in einer Großen Anfrage ([18/6765](#)). Sie verweist dazu auf „Doktorspiele mit festgelegten Spielregeln“ und sexualpädagogische Konzepte in Kindertagesstätten. Die Fraktion fragt unter anderem nach rechtlichen Rahmenbedingungen, der Rolle externer Dienstleister und nach Fortbildungen für das Kita-Personal. In der Antwort der Landesregierung ([18/9681](#)) heißt es unter anderem, dass „das Thema Sexualität eines von vielen grundlegenden frühpädagogischen Themen der kindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung“ darstelle. Der Debatte zugrunde lag außerdem ein thematisch verwandter Antrag der AfD-Fraktion ([18/10516](#)). Er wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Heizen mit Abwasser

11.9.2024 – Warmes Abwasser, etwa vom Duschen oder Geschirrspülen, lässt sich als Wärmequelle nutzen. Die SPD-Fraktion benennt in einem Antrag Beispiele, in denen dies schon gelinge, und fordert, die Chancen der sogenannten Aquathermie mehr zu nutzen ([18/6852](#)). Gerade das Ruhrgebiet mit seiner dichten Bebauung und daher auch seinem dichten Abwasserkanalsys-



tem sei für die Technik geeignet. Eingespart würden so Energie, entsprechend auch Kosten sowie CO₂. Die Landesregierung solle unter anderem die Chancen der Aquathermie bekanntmachen und Förderprogramme darstellen bzw. neue auflegen. Der Landtag hat den Antrag mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Wärmeplanung

12.9.2024 – Die Abgeordneten haben in 1. Lesung über den Entwurf der Landesregierung für das Landeswärmeplanungsgesetz NRW beraten. Mit der Regelung ([18/10465](#)) wird die bundesgesetzliche Vorgabe umgesetzt, wonach es künftig in Deutschland eine flächendeckende verbindliche Wärmeplanung geben soll. Die nordrhein-westfälischen Kommunen werden durch das Landesgesetz verpflichtet, jeweils einen eigenen Plan zu erstellen. Damit solle Planungssicherheit gewährleistet werden, um lokal „die beste und wirtschaftlichste Investitionsentscheidung für die zukünftige klimaneutrale Wärmeversorgung treffen zu können“. Ziel ist demnach, bis 2045 in Nordrhein-Westfalen klimaneutral zu wirtschaften. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) überwiesen.

Schutz der Kulturgüter

12.9.2024 – Die Landesregierung soll die „Notfallallianz Kultur“ unterstützen und an deren Weiterentwicklung mitwirken. Einen entsprechenden Antrag ([18/10522](#)) der Fraktionen von CDU und Grünen hat der Landtag bei Enthaltung der SPD angenommen. Die „Notfallallianz“ sei 2021 auf Initiative der Kulturstiftung der Länder gegründet worden. Ziel sei es, den Erhalt von Kulturgütern zum Beispiel bei Wetterextremen, Kriegen oder Energiekrisen sicherzustellen. Nordrhein-Westfalen habe den Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes im Kulturgesetzbuch verankert, heißt es im Antrag. Um Kul-

tureinrichtungen weiter zu unterstützen, solle ein Verzeichnis aller relevanten Kulturgüter und -einrichtungen erstellt werden.

Zusammenarbeit mit Polen

12.9.2024 – Vor 85 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg. Anlässlich dieses Jahrestags haben die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP einen Antrag zum Austausch zwischen Nordrhein-Westfalen und Polen in den Landtag eingebracht ([18/10507](#), Neudruck). Der Jahrestag sei Mahnung und Auftrag zugleich. „Angesichts aktueller politischer Entwicklungen wie des Überfalls Russlands auf die Ukraine und dem Erstarken nationalistischer Parteien in ganz Europa wird deutlich, dass Frieden in Europa keineswegs selbstverständlich ist.“ Die Errungenschaften eines friedlichen und freundschaftlichen deutsch-polnischen Miteinanders sollten vertieft, geschützt und gestärkt werden. Konkret fordern die Fraktionen unter anderem, die Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und der polnischen Partnerregion Schlesien auszubauen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD angenommen.

Inklusiver Kinderschutz

12.9.2024 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen den Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen verbessern. Sie seien drei- bis viermal so stark gefährdet, Opfer von Vernachlässigung und körperlicher sowie sexualisierter Gewalt zu werden, als Gleichaltrige ohne Behinderung. Zudem werde ihnen seltener geglaubt. Das wiederum erhöhe das Risiko, wiederholt Gewalterfahrungen zu machen. In einem Antrag ([18/10521](#)) fordern die Fraktionen einen inklusiven Kinderschutz und hierzu unter anderem eine Studie zur Datenlage in NRW. Außerdem sollen Schulungsprogramme für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geprüft und die Netzwerkarbeit verbessert werden. Der Landtag hat den Antrag mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD angenommen. SPD und FDP enthielten sich.



AUS DEM PLENUM

Große Anfrage zu „Cum-Ex-Betrug“

12.9.2024 – Die Auseinandersetzungen um die Ermittlungsarbeit der Kölner Staatsanwaltschaft zum sogenannten Cum-Ex-Steuerbetrug standen im Mittelpunkt einer Großen Anfrage ([18/7436](#)) der FDP-Fraktion. Die Debatten hätten in einem Rücktritt des damaligen Leiters der Staatsanwaltschaft und der Absicht von NRW-Justizminister Dr. Benjamin Limbach (Grüne) gegipfelt, die Cum-Ex-Abteilung „aufzuspalten“. Die Umstrukturierung sei „nur durch den Druck der Öffentlichkeit“ verhindert worden. Es gelte, die „erkennbar gewordenen strukturellen Hemmnisse zu beseitigen und der Abteilung die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen“. Die Fragen der Fraktion bezogen sich unter anderem auf die Planstellen der Abteilung, deren Besetzung und die Arbeitsbedingungen. Nordrhein-Westfalen sei mit der Abteilung „bundesweit Vorreiter bei der Verfolgung dieser besonders schädlichen Form der Wirtschaftskriminalität“, heißt es in der Antwort der Landesregierung ([18/9507](#)). Die Aufgaben und Möglichkeiten des Ministeriums der Justiz erschöpften sich „im Wesentlichen darin, möglichst optimale organisatorische Rahmenbedingungen für die mit der Verfolgung von Cum-Ex-Kriminalität verbundene Aufgabenerfüllung zur Verfügung zu stellen“.

Stärkung der Innenstädte

12.9.2024 – Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag eine finanzielle Stärkung der Innenstädte und Ortszentren ([18/10504](#)). Dazu solle die Landesregierung ihr entsprechendes 35-Millionen-Euro-Förderprogramm erheblich aufstocken und nachhaltiger gestalten. Bereits nach einem halben Jahr seien wesentlich mehr Anträge eingegangen, als das Drei-Jahres-Budget abdecken könne. Nach der Corona-Pandemie, dem Erstarken des Versandhandels und der Schließung von Filialen großer Unternehmen

vielerorts bräuchten alle Städte und Gemeinden eine „planbare Hilfe“, um die Krise zu überwinden, argumentiert die Fraktion. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung überwiesen.

Freundeskreis Fregatte



Foto: Schälte

12.9.2024 – Der „Freundeskreis Fregatte Nordrhein-Westfalen“ feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Auf Antrag ([18/10508](#)) der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP soll die Landesregierung den Einsatz und die Aktivitäten des Vereins würdigen. Die Fregatte der deutschen Marine, von der auch ein Modell im Landtag zu sehen ist, sei für den weltweiten Einsatz konzipiert, heißt es im Antrag. Sie solle Seewege schützen, die vor allem für die Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung seien. Der Freundeskreis betreue unter anderem Angehörige der Besatzung bei Besuchen in Nordrhein-Westfalen. Zudem solle die Patenschaft des Landes für die Fregatte weiterhin mit Leben gefüllt und intensiviert werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



VERPFLICHTUNG

Ina Brandes ist neue Abgeordnete des Landtags. Der Präsident des Landtags, André Kuper, verpflichtete die Ministerin für Kultur und Wissenschaft am 11. September 2024. Die 46-Jährige aus Dortmund rückt für Lutz Lienenkämper nach (beide CDU), der sein Mandat niedergelegt hatte und in den Vorstand der Bundesbank gewechselt war.

Foto: Hartmann

Grüner Stahl und die Kosten

Foto: IMAGO/Rupert Oberhäuser

12. September 2024 – Die Zukunft der Stahlproduktion in Nordrhein-Westfalen und die Situation bei Thyssenkrupp standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Konkret ging es um die geplante Herstellung von „grünem Stahl“. Dessen CO₂-reduzierte Produktion könnte einem Medienbericht zufolge deutlich teurer werden als geplant. Der Debatte lagen Anträge der Fraktionen von SPD und AfD zugrunde.

„Scheitert das Leuchtturmprojekt der Transformation und damit der Weg in die klimaneutrale Industrieregion Nordrhein-Westfalen?“, fragt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/10587). Die Investitionskosten am Standort Duisburg lägen laut Medienbericht bereits um 300 bis 400 Millionen Euro höher als ursprünglich geplant. Die Gesamtkosten für nur eine geförderte Direktreduktionsanlage würden mit etwa 3 Milliarden Euro angegeben. Eine Milliarde werde der Konzern selbst beisteuern, das Land übernehme 700 Millionen Euro, der Bund den Rest.

Angst um Arbeitsplätze

Der Anteil des Landes stelle „die höchste jemals in Nordrhein-Westfalen bewilligte Einzelsubvention dar“, schreibt die AfD in ihrem Antrag (18/10588). Die Beträge seien in ihrer Höhe auch deshalb „in höchstem Maße fragwürdig, weil damit nur eine einzige von vier Anlagen umgerüstet wird“. Die Entwicklungen rund um Thyssenkrupp Steel Europe und die drastischen Kostensteigerungen bei der Direktreduktionsanlage bedrohten nicht nur unmittelbar die Arbeitsplätze zehntausender Menschen, sondern auch die wirtschaftliche Basis ganzer Regionen.

Alexander Vogt (SPD) sprach von einer „dramatischen Situation“ bei Thyssenkrupp. Tausende Menschen hätten Angst um ihren Arbeitsplatz, es gebe massive Kritik am Vorstandsvorsitzenden Miguel López. „Diese Landesregierung interessiert nicht, dass Entscheidungen an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorbei getroffen werden“, sagte Vogt. López versuche, die Mitbestimmung im Konzern in die Knie zu zwingen. Die Kostensteigerung beim grünen Stahl sei eine weitere Hiobsbotschaft. Es sei Zeit für „handfeste politische Maßnahmen“.

Christian Loose (AfD) wies ebenfalls auf die Ängste der Belegschaft hin. 26.000 Beschäftigte müssten um ihren Arbeitsplatz bangen. Betroffen seien vor allem die Region um Duisburg und das umliegende Ruhrgebiet. Um die Stellen zu bewahren, müsse die Stahlbranche wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. „Doch die Regierung macht das genaue Gegenteil“, sagte Loose. Die Stahlproduktion werde durch politische Maßnahmen verteu-

ert. Dies gelte auch für grünen Stahl, der deutlich teurer werde als herkömmlich produzierter.

Seinem Vorredner antwortete **Dr. Jan Heinisch** (CDU): „Sie versuchen, sich am Lagerfeuer von gestern zu wärmen“ – dabei gehe das Brennholz zur Neige. Ohne Veränderung und Wandel gebe es keine Zukunft. Dabei setze die Politik nur Impulse – die Zukunft werde mindestens genauso von „Genies im besten Sinne“ gestaltet. Die Stärke Deutschlands liege nicht im billigsten, sondern im besten Produkt. „Was wir hier betreiben, ist Zukunftsbegleitung und eben nicht Staatsinterventionismus“, erklärte der Abgeordnete.

„Das Engagement des Staates muss klare Grenzen haben“, forderte **Dietmar Brookes** (FDP). Land und Bund müssten nun die Förderbedingungen für die Direktreduktionsanlage „verschärft prüfen“ und Thyssenkrupp in die Pflicht nehmen. „Engagement muss mit einer Zukunftsdividende verbunden sein“, meinte Brookes. Das Land solle keinen „Blankoscheck“ ausstellen. Außerdem empfahl er dem Ministerpräsidenten, einen „kleinen Stahlgipfel“ mit allen Beteiligten einzuberufen, um einen konstruktiven Dialog zu ermöglichen.

Es sei ein „beispielloser Vorgang“, sagte **Jule Wenzel** (Grüne), dass drei Vorstandsmitglieder der Stahlsparte von Thyssenkrupp in Duisburg vor zwei Wochen „gegangen wurden“ und am gleichen Tag vier Aufsichtsratsmitglieder zurücktraten. Die Lage sei ernst. Es gehe um die Zukunft und klimaneutrale Transformation des Stahlstandorts. Dabei gelte auch: „Thyssenkrupp muss liefern.“ Alle Beteiligten müssten beim nationalen Stahlgipfel in der kommenden Woche „in aller Ernsthaftigkeit“ an den Tisch zurückkehren.

„Das Herz der deutschen Stahlindustrie schlägt in NRW“, sagte Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne). „Wir unterstützen unsere Stahlindustrie mit der größten Einzelförderung der Landesgeschichte, weil wir an die Zukunft glauben.“ Nötig seien eine Modernisierung der Wirtschaft, Forschung und Entwicklung und vor allem Investitionen. Die aktuelle Landesregierung habe so viel wie keine andere an Unterstützung für Thyssenkrupp mobilisiert und sich eindeutig zum Stahlstandort Duisburg bekannt.

zab, sow, tob

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 | [18/10300](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. September 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2025 | [18/10462](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. September 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 | [18/9900](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. September 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Schiedsamtgesetzes | [18/8826](#) | Neudruck | Landesregierung | 2. Lesung am 11. September 2024 / verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung | [18/10464](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. September 2024 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher, verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und kostenrechtlicher Vorschriften | [18/10463](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. September 2024 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Neuregelung der Umlage der Landwirtschaftskammer | [18/10466](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. September 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt,

Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Gesetz zur Einführung einer Kommunalen Wärmeplanung in Nordrhein-Westfalen | [18/10465](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 12. September 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer | [18/7202](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung am 12. September 2024 | abgelehnt

Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit | [18/6376](#) | AfD | Wissenschaftsausschuss | 2. Lesung am 12. September 2024 | abgelehnt

Gesetz zur Modernisierung des Sparkassenrechts und zur Änderung weiterer Gesetze | [18/9656](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Statistikgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/9768](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften | [18/9769](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/9606](#) | CDU, Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | [18/9723](#) | FDP | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII | [18/9770](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbefugnisse in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [18/9514](#) (Neudruck) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes | [18/9515](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

Gesetz zur Einführung des integrierten Bachelors im Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss erste Prüfung sowie betreffend das duale Studium und zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes | [18/8827](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen | [18/9130](#) | CDU, Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Clankriminalität: Verbrechen und Vermögen

4. September 2024 – Die Landesregierung müsse im Kampf gegen Clankriminalität stärker auf das Instrument der „Vermögensabschöpfung“ setzen. Dies fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag. Im Rechtsausschuss haben sich Sachverständige dazu geäußert.



Foto: Yildiray Yücel Kamanmaz/Pixabay

Dem aktuellen polizeilichen Lagebild zur Clankriminalität zufolge hätten Clanmitglieder in Nordrhein-Westfalen allein 2022 insgesamt 6.573 Straftaten verübt, heißt es im Antrag (18/6762). Lediglich in 24 Fällen seien vermögensabschöpfende Maßnahmen erfolgt und Werte in Höhe von 2,5 Millionen Euro beschlagnahmt worden. Die Summe sei „angesichts der Millionengewinne, die die Clans mit ihren kriminellen Geschäften“ erwirtschafteten, „lächerlich gering“, schreibt die FDP-Fraktion.

„Diese Bewertung erscheint voreilig“, entgegnet Oberstaatsanwalt Dr. Daniel Vollmert in seiner schriftlichen Stellungnahme für den Ausschuss. Vollmert leitet bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf die Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung Organisierter Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Das Lagebild des Landeskriminalamts (LKA) weise in zwölf der 14 Verfahren zur Organisierten Kriminalität mit Clanbezug einen Tatertrag von 4,3 Millionen Euro aus. „Lächerlich gering“ erscheinen die gesicherten Vermögenswerte im Verhältnis zu diesem Wert nicht“, so Vollmert. Im Gegenteil spreche ein Wert von mehr als 50 Prozent der angenommenen Taterträge für „durchaus erfolgreiche Bemühungen auf dem Gebiet der Vermögensabschöpfung“ – zumal Feststellungen von Taterträgen je nach Erkenntnisquellen regelmäßig auf Schätzungen beruhen.

Auch der Vorschlag, diese Maßnahmen in Echtzeit zu erfassen (siehe Kasten Seite 14), überzeuge nicht, schreibt Vollmert: „Schneller zu wissen, wie viel Vermögensabschöpfung betrieben wird, erhöht nicht die Schlagkraft dieses Instruments der Verbre-

chensbekämpfung.“ Um Bürokratie abzubauen, sollte der Aufwand bei der Erfassung nicht gesteigert, sondern gesenkt werden.

Oberstaatsanwalt Uwe Mühlhoff, bei der Staatsanwaltschaft Duisburg für die Bekämpfung Organisierter Kriminalität zuständig, schloss sich in seiner Stellungnahme der Einschätzung an. Er wies zudem auf die Belastung in den Ermittlungsbehörden hin. Teilweise werde dort mehr als 75 Stunden pro Woche gearbeitet. „Diese Spezialisten mit zusätzlichen statistischen, Analyse- und Berichtspflichten zu belasten, würde die Bekämpfung der Clankriminalität und/oder der Organisierten Kriminalität nicht verbessern – das Gegenteil wäre der Fall“, so Mühlhoff.

Ressourcen für die Strafverfolgung

Oliver Huth, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter in Nordrhein-Westfalen, sprach ebenfalls die Ressourcen der Ermittlungsbehörden an: „Diese Rahmenbedingungen können nicht dazu führen, dass die im Antrag geforderte Ausweitung der Abschöpfungsmaßnahmen in die Realität umgesetzt wird.“

Im Bund müssten geeignete rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Strafverfolgung erfolgreich aufzustellen. Die Landesregierung müsse „ihre Hausaufgaben erledigen, die Kriminalitätsbekämpfung mit Ressourcen stärken, eine spezifische kriminalpolizeiliche Ausbildung implementieren“.

Der FDP-Fraktion sei grundsätzlich zuzustimmen, dass das Instrument der Vermögensabschöpfung bei der Bekämpfung von Clankriminalität eine zentrale Rolle spielen müsse, so Michael

Findeisen, ehemaliger Leiter des Referats „Geldwäsche und Zahlungsverkehr“ im Bundesministerium der Finanzen. Um den Erfolg zu messen, seien jedoch belastbare Daten erforderlich. Diese würden aber weder im Bund noch in den Ländern im gebotenen Umfang erhoben. Erforderlich sei eine „substanzielle Reform der Datenerfassung“. Bei der Bekämpfung von Clankriminalität gehe es nicht nur darum, Täter vor Gericht zu bringen. Auch illegal beschafftes Geld und „Vermögensgegenstände“ müssten zurückgeholt werden. Die Zusammenarbeit mit Steuer- und Zollfahndungen könne im Einzelfall etwa auf Gewerbe- oder Straßenverkehrsbehörden ausgedehnt werden.

„Hürden abbauen“

„Mit organisatorischen Maßnahmen allein kann keine größere Effizienz geschaffen werden“, heißt es in der Stellungnahme des Vereins Kommunalpolitik NRW. Erforderlich sei eine „umfassende Neugestaltung der Zugriffsmöglichkeiten des Staates auf Vermögenswerte aus kriminellen Handlungen und/oder unklarer Herkunft“. Die „bestehenden Hürden zur Beschlagnahme und Einziehung von Vermögenswerten“ müssten abgebaut werden. Den verdächtigen Personen müsse die Beweislast auferlegt werden, in einer festzulegenden Zeit nachzuweisen, dass die beschlagnahmten Vermögenswerte in rechtmäßiger Weise erlangt wurden.

zab

Forderungen der FDP-Fraktion

Die Fraktion fordert die Landesregierung auf,

- Anzahl und Umfang der Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung künftig elektronisch zentral in Echtzeit zu erfassen;
- jährlich die internen Organisationsabläufe der Maßnahmen zu evaluieren, um sie von Jahr zu Jahr effizienter durchführen zu können;
- die organisatorischen, sachlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, um im Bereich der Clankriminalität „endlich Vermögensabschöpfungsmaßnahmen in dem notwendigen Umfang durchzuführen, wie es schon seit langem kriminalpolitisch dringend geboten ist“.

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Kriminelle Clans ...



Angela Erwin
(CDU)



... werden wir weiter entschieden bekämpfen. Für Ermittlungsbehörden ist es schwierig, die tatsächlich erwirtschafteten Vermögenswerte vollständig nachzuverfolgen und abzuschöpfen. Denn diese resultieren insbesondere aus Drogenhandel, Erpressung oder Betrug. Bargeld ist eine weitere Erschwernis. Um dennoch erfolgreich zu sein, wenden wir die Politik der 1.000 Nadelstiche an.



Christina Kampmann
(SPD)



... müssen konsequent bekämpft werden.



Dagmar Hanses
(Grüne)



... ist die Bezeichnung der Sicherheitsbehörden für Organisierte Kriminalität in Familienverbänden. Jede Form der Organisierten Kriminalität wie die sogenannte Clankriminalität, die Mafia oder der Bereich der Umweltkriminalität muss entschieden bekämpft werden. Eine genaue Definition trägt dazu bei, Ressourcen klug einzusetzen, wirksam gegen die Strukturen vorgehen zu können und Stigmatisierung abzubauen.



Dr. Werner Pfeil
(FDP)



... in NRW haben im Jahr 2022 insgesamt 6.573 Straftaten verübt – 20 % mehr als im Vorjahr. Dabei wurden nur in 24 Fällen vermögensabschöpfende Maßnahmen durchgeführt, also nur in 0,3 % der Fälle. Diese Quote muss gesteigert werden!



Dr. Hartmut Beucker
(AfD)



... agieren zunehmend strategisch, indem sie gesetzeskonforme Geschäfte und komplizierte Finanzstrukturen nutzen, um illegale Aktivitäten zu tarnen und Ermittlungen zu erschweren. Durch die enge Verflechtung von Familie und Organisation wird die Beweisführung schwierig, was gezielte Ermittlungen und verdeckte Operationen unerlässlich macht.

Clankriminalität

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Ermittlungsbehörden ...

... stehen vor der Herausforderung, in vielen Fällen nicht nur die kriminellen Handlungen selbst zu beweisen. Vielmehr müssen sie auch den genauen Nachweis der erlangten Vermögenswerte führen. Das ist insbesondere bei Raub, Körperverletzungen oder Verkehrsverstößen oft unmöglich.

... müssen für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Clans personell weitaus besser ausgestattet werden, als das bisher der Fall ist.

... in NRW arbeiten mit fachlicher Expertise und Hochdruck an der Verfolgung von Straftaten. Insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Organisierten Kriminalität stehen sie dabei umfangreichen Strukturen und komplexen Sachverhalten gegenüber. Eine gute personelle und sachliche Ausstattung der Ermittlungsbehörden ist uns wichtig.

... fehlt Personal, ohne das zeitaufwendige Vermögensabschöpfung nicht möglich ist. Insbesondere muss die Justiz personell in gleicher Weise aufgestockt werden wie die Ermittler bei Polizei, Zoll und Steuerfahndung. Es darf kein „Flaschenhals“ entstehen, so dass die von der Polizei ermittelten Delikte wegen Überlastung der Staatsanwaltschaft nicht angeklagt und verurteilt werden!

... stoßen häufig an rechtliche und personelle Grenzen, da die Bekämpfung krimineller Clans eine langfristige und ressourcenintensive Überwachung erfordert. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Polizei, Zoll und Steuerbehörden sowie der Einsatz spezialisierter Ermittlungsteams ist notwendig, um kriminelle Netzwerke erfolgreich aufzudecken.

Vermögensabschöpfung ...

... ist ein effektives Instrument, um illegale Gewinne aus kriminellen Aktivitäten zu sichern. Das kann Geld sein, aber auch Luxusgüter wie teure Autos. Ist eine Tat nachgewiesen, wird abgewogen, ob diese Werte eingezogen werden sollen. In der Praxis können Faktoren wie verstecktes oder ausgegebenes Vermögen Einschränkungen sein.

... ist ein zentrales Mittel für eine erfolgreiche Bekämpfung von Clankriminalität.

... ist ein wichtiges Mittel der Justiz gegen Organisierte Kriminalität. Durch die Einziehung von kriminell erlangten Vermögenswerten wie Geld, Schmuck oder Autos können die kriminellen Netzwerke finanziell und strukturell durchbrochen werden.

... gelingt noch in zu wenigen Fällen und scheitert nicht nur an fehlendem Personal, sondern auch an Expertise. Das Vermögensabschöpfungsrecht ist kompliziert. Hierzu müssen von Landesseite Schulungen und Fortbildungen angeboten werden. Dies ist in NRW fast nicht der Fall. Obwohl auch von Seite der EU die Vorgabe besteht, ausreichende Kompetenz der Ermittler sicherzustellen.

... stellt ein wirksames Mittel dar, um Clans wirtschaftlich zu schwächen, doch die Gesetzeslage erschwert die Nachweisführung über das tatsächliche Eigentum von Vermögenswerten. Eine Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten, wie etwa die Beweislastumkehr, könnte dazu beitragen, dass kriminelle Gewinne schneller und konsequenter eingezogen werden.

Die Datenerfassung ...

... ist ein wichtiger Baustein, um erfolgreich Vermögen abschöpfen zu können. In einer möglichen Weiterentwicklung könnte die Datenerfassung um die Bereiche aufgespürtes Vermögen, Tatertragsfeststellung und Beweislage ergänzt werden.

... muss erweitert werden, um den Erfolg oder Misserfolg von Maßnahmen der Vermögensabschöpfung besser nachvollziehen zu können.

... der Maßnahmen erfolgt elektronisch durch die zuständigen Staatsanwaltschaften. Unser herzlicher Dank gilt allen Mitarbeitenden für ihren unermüdlichen Einsatz. Die weitere Digitalisierung der Justiz ist uns als schwarz-grüne Koalition ein zentrales Anliegen. Deshalb stellen wir ihre Finanzierung trotz angespannter Haushaltslage auch für das kommende Jahr sicher.

... sollte stärker zentralisiert und die Kooperation und Kommunikation innerhalb der Behörden verbessert werden. Auch bedarf es Schulungen der Ermittler hinsichtlich der Erfassung der Daten zu vermögensabschöpfenden Maßnahmen in den IT-Fachverfahren.

... muss deutlich verbessert werden, um eine langfristige und umfassende Analyse der kriminellen Strukturen zu ermöglichen. Der Zugang zu verschlüsselten Kommunikationsdaten und der Ausbau von Datenbanken über Clan-Aktivitäten könnten dabei helfen, Netzwerke schneller zu durchdringen. Zudem wäre eine bessere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Ländern entscheidend.

Kreative Ideen zu den Rechten von Kindern

26. August 2024 – Aufgepasst: Buntstifte anspitzen, Scheren und Klebstoff bereithalten! In diesem Jahr findet wieder der Mal- und Bastelwettbewerb des Landtags für die 4. Klassen der Grundschulen statt. Dieses Mal dreht sich alles um die Rechte von Kindern.

„Kinder haben Rechte! Malt oder bastelt, warum Eure Rechte wichtig sind“ – so lautet das Motto des Mal- und Bastelwettbewerbs 2024/2025, den der Präsident des Landtags, André Kuper, Ende August gestartet hat. Hintergrund für das Motto ist das Jubiläum „75 Jahre nordrhein-westfälische Landesverfassung“, das im kommenden Jahr gefeiert wird.

Bereits seit 2002 sind in Artikel 6 der Landesverfassung die Rechte von Kindern und Jugendlichen verankert. Dort heißt es: „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft.“ Kinder und Jugendliche haben demnach ein Recht auch auf „Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung“.

Demokratiebildung

Der Präsident des Landtags sagt: „Der jährliche Mal- und Bastelwettbewerb ist ein wichtiger Bestandteil unseres umfangreichen Angebots zur Demokratiebildung schon in den Grundschulen. Ich möchte die Kinder und Lehrkräfte ermutigen, sich auf spielerische Weise mit dem Landtag und der parlamentarischen Demokratie zu beschäftigen. Zugleich ist uns Abgeordneten des Landtags wichtig zu erfahren, wie Kinder ihre Welt sehen und welche Bedürfnisse und Wünsche sie haben. Und so freue ich mich auf viele kreative Ideen und Arbeiten zum Thema Kinderrechte.“

Pro Klasse kann eine Mal- oder eine Bastelarbeit beim Landtag eingereicht werden. Für die Gestaltung gibt es aus organisatorischen Gründen Vorgaben: Bei Malarbeiten sind nur folgende Formate möglich: DIN A4 quer, DIN A3 quer oder DIN A2

quer. Es sind keine Hochformate zugelassen. Bei Bastelarbeiten liegt die maximal zugelassene Größe bei 30 cm Höhe, 40 cm Breite und 40 cm Tiefe.

Einsendeschluss für die Mal- und Bastelarbeiten ist der 30. November 2024. Es werden insgesamt 2.150 Euro an Preisgeldern für die Klassenkassen vergeben. Die Entscheidung über die Plätze eins bis vier treffen der Präsident des Landtags, Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche.

Die Siegerehrung findet im Frühjahr 2025 im Landtag statt. Die vier ausgezeichneten Arbeiten sowie weitere werden zudem in einer Ausstellung gezeigt.

red

Illustrationen:
Vera Brüggemann



Der Mal- und Bastelwettbewerb findet zum dritten Mal statt. Im vergangenen Jahr stand das Thema „Heimat“ im Mittelpunkt. Es wurden mehr als 130 Mal- und Bastelarbeiten eingereicht. Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de
Mehr Informationen, die Teilnahmebedingungen und das Teilnahmeformular: lt.nrw/malwettbewerb





FORUM

Eine Nacht der Demokratie

27. September 2024 – Der Landtag macht die Nacht zum Tag: Am Freitag, 27. September 2024, findet wieder die beliebte Parlamentsnacht statt. Präsident André Kuper lädt alle Bürgerinnen und Bürger zum großen Demokratiefest in abendlicher Atmosphäre ein.

Auch diese Nacht wird wieder ganz besonders: Von 17 bis 23 Uhr öffnet der Landtag seine Türen. Auf die Gäste wartet ein buntes Programm aus politischer Information, Unterhaltung und Musik. Der Eintritt ist kostenlos. Eine Voranmeldung ist nicht notwendig.

Alle fünf Fraktionen präsentieren sich mit eigenen Angeboten und bieten die Gelegenheit, mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Bei der CDU heißt es „Kultur trifft Politik“ – beispielsweise mit Live-Acts und einem Wissensquiz. Die SPD lädt zum Mitmachen ein. „Die Physikanten“ sind mit ihrer Wissenschaftsshow vor Ort und präsentieren Experimente mit Alltagsbezug.

„Gespräche, Genießen, Gewinnen – Grüner Austausch im Landtag“, so lautet das Motto der Grünen. Bürgerinnen und Bürger können mit Abgeordneten kickern oder Buttons und bunte Perlenarmbänder gestalten. Bei der FDP dreht sich alles um das Thema „Bildungsland NRW“: Start-ups und Initiativen aus dem Bildungsektor stellen sich vor. Die AfD kündigt „Blaue Magie“ an, unter anderem mit Zauberei, Klaviermusik und interaktiven Spielen.

Und auch darüber hinaus gibt es ein breites Angebot. So finden Talks mit den Mitgliedern des Landtagspräsidiums sowie Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen statt. Zu Gast ist der deutsche Astronaut Dr. Matthias Maurer, der einen exklusiven Einblick ins Weltall gewährt. Maurer war von November 2021 bis Mai 2022 auf der Internationalen Raumstation ISS eingesetzt.

Präsident Kuper lädt in seinen Empfangsraum ein. Wo sonst gekrönte Häupter oder das diplomatische Korps zu Gast sind, können sich Bürgerinnen und Bürger die Gästebücher und Gastgeschenke anschauen.

Ein Teil der Gastgeschenke kommt bei einer Benefizauktion für den guten Zweck unter den Hammer. Mitbietende sind herzlich willkommen. Und im Plenarsaal kann auf den Sitzen der Abgeordneten Platz genommen werden. Der Besucherdienst informiert über deren Arbeit und die Funktionen der parlamentarischen Demokratie.

Die Besucherinnen und Besucher erfahren zudem, wie der Petitionsausschuss beim Ärger mit Behörden helfen kann.

Demokratiebuttons für die Gäste

Wer möchte, kann sich einen Demokratiebutton abholen oder das Parlamentsgebäude bei einer Rallye erkunden. Wer wissen möchte, welche Jobs es in der Landtagsverwaltung gibt und wie vielfältig die Arbeit dort ist – auch dazu gibt es viele Informationen. Und auf die jüngsten Gäste warten besondere Kinderausweise.

Auch musikalisch hat der Abend einiges zu bieten: Es kommen der WDR Rundfunkchor, Ensembles der Düsseldorfer Symphoniker sowie junge Singer/Songwriter und Indie-Pop-Musikerinnen und -Musiker aus Nordrhein-Westfalen.

Was die Gäste noch erwartet? Zum Beispiel Poetry Slam zum

Thema „Europa – Ganz nah dran“, Ausstellungen, Zauberkunst mit Yuta Maruyama, Karikaturen von Heiko Sakurai, Kunst aus dem Apollo-Theater und vieles mehr. Und natürlich steht an diesem langen ereignisreichen Abend auch Kulinarisches zur Stärkung bereit.

Präsident Kuper sagt: „Erleben Sie zur Parlamentsnacht das, was das Herz der Demokratie ausmacht. Der Landtag, alle Abgeordneten und ich persönlich freuen uns auf Ihren Besuch!“



[lt.nrw/
Parlamentsnacht2024](https://lt.nrw/Parlamentsnacht2024)

AUS DEN FRAKTIONEN

Terror von Solingen: Wir werden die Hintergründe im Parlament aufklären

Der Anschlag von Solingen zeigt, wie präsent und groß die Gefahr des Islamismus ist. In einer gemeinsamen Fraktionssitzung mit der Grünen-Fraktion haben wir mit Terrorismus-Experte Prof. Peter R. Neumann (Foto), Dozent für Sicherheitsstudien am King's College London, über die Strategien des sogenannten Islamischen Staats gesprochen. Die Radikalisierung vor allem junger Menschen über soziale Netzwerke war dabei ein Kernthema.

„Der Dschihadismus ist wieder die größte Terrorgefahr in Europa und auch in Deutschland“, warnte Neumann. „Die Zahlen sind in den vergangenen zehn Monaten nach

oben geschossen. In Europa gab es seit Oktober 2023 insgesamt 28 durchgeführte oder versuchte Anschläge.“ Er weiß: Viel passiert im Internet. Und es gibt immer jüngere Terroristen. „Die Terrorgefahr ist real. Wer Terrorismus bekämpft, schützt die liberale Demokratie. Die einzigen, die vom Terror der Dschihadisten politisch profitieren, sind Rechtsextreme. Denn Terror ist Angst – und Angst treibt Rechtsextremismus.“

Neumann drängt: Schnelles Handeln ist wichtig, bei Prävention und Frühwarnsystemen, im Bereich unserer Sicherheitsbehörden, aber auch im Bereich Flucht, Asyl und Migration. In allen diesen relevanten

Bereichen wirkt das im September-Plenum vorgestellte Maßnahmenpaket der Landesregierung. Es ist das umfangreichste Sicherheits- und Migrationspaket in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

Für uns steht fest: Wir verteidigen unsere demokratischen Werte und lassen uns nicht von Terroristen einschüchtern. Wir setzen uns als schwarz-grüne Koalition für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ein. Um die Hintergründe der schrecklichen Tat in Solingen lückenlos aufzuklären, werden wir die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen.



Rückblick NRW-Tag 2024: Wenn parlamentarische Arbeit zum Greifen nah ist

Das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Köln luden am 17. und 18. August zum Landesgeburtstag in die Dom-Stadt. Das große Bürgerinnen- und Bürgerfest, der so genannte NRW-Tag, war ein Fest der Vielfalt: Mit un-

terhaltsamem Bühnenprogramm, Mitmach-Aktivitäten und zahlreichen Ausstellerinnen und Ausstellern aus Ministerien, Organisationen und dem Landtag gab es viel zu entdecken.



Tischspiele, ein Glücksrad und persönliche Gespräche mit Abgeordneten lockten zahlreiche Besucherinnen und Besucher an den Stand der SPD-Fraktion.

Auch wir waren im Kölner Rheinauhafen mit einem Stand vertreten. Mit Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern wollten wir den demokratischen Geist des NRW-Tags unterstreichen. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, um Einblicke in die parlamentarische Arbeit unserer Fraktion zu gewinnen und sich bei den anwesenden Abgeordneten über aktuelle politische Themen zu informieren. Dieser persönliche Kontakt bot eine hervorragende Gelegenheit, die politische Arbeit im Landtag greifbar zu machen. Tischspiele und ein Glücksrad trugen ihren Teil zur lockeren Atmosphäre am Stand bei.



Wir gedenken der Opfer von Solingen

Der islamistische Anschlag in Solingen lässt uns alle nicht los. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien und Freunden. Wir können ihren Schmerz nur erahnen; er muss unfassbar groß sein. Wir danken allen, die in dieser Krisensituation für andere da waren.

Seit Jahren gibt es eine hohe abstrakte Gefahr durch den Islamismus. Er hat mehrere Terrorwellen hervorgebracht und verändert sich laufend. Die Strategie des sogenannten Islamischen Staates (IS) zielt darauf ab, Angst und Terror in Europa zu verbreiten. Der IS nutzt aktuell den Krieg in Gaza nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel zur Mobilisierung



Die Vorsitzenden der Grünen Landtagsfraktion, Verena Schäffer und Wibke Brems, tragen sich in das Kondolenzbuch ein.

und Radikalisierung. Der Terrorismusforscher Peter Neumann, den wir kürzlich zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung mit der CDU-Fraktion eingeladen haben, berichtete von einer deutlichen Zunahme islamistischer Anschläge in Europa. Zudem werden die Täter immer jünger, was auch an der Radikalisierung im Internet liegt. Wir müssen dagegen vorgehen, dass Islamisten im Netz unverhohlen radikalisieren und rekrutieren. Unsere Sicherheitsbehörden müssen so aufgestellt sein, dass sie Gefährder frühzeitig erkennen. Zudem brauchen wir eine starke Präventions- und Interventionsarbeit. Der Islamismus bedroht unsere vielfältige und liberale

Gesellschaft. Deshalb werden wir weiterhin konsequent gegen den Islamismus vorgehen.

Alle noch offenen Fragen zu dem Anschlag müssen aufgearbeitet werden. Die Landesregierung arbeitet intensiv daran. Wir wollen als Abgeordnete mit einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des Anschlags beitragen und daraus Konsequenzen ziehen, die effektiv zur Sicherheit unserer Bevölkerung beitragen. Wir sind daher als Fraktionen der schwarz-grünen Koalition auf die Fraktionen von SPD und FDP zugegangen, um gemeinsam einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu beantragen.



FDP-Fraktionsvorsitzender Höne kündigt Verfassungsklage gegen neues Kommunalwahlgesetz an

CDU, SPD und Grüne haben das Kommunalwahlrecht zu ihren Gunsten geändert. Die Änderungen zielen nicht auf eine Verbesserung der Erfolgswertgleichheit der

Stimmen ab, sondern dienen lediglich den Interessen der antragstellenden Fraktionen. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion NRW Henning Höne warnt vor den massiven Konsequenzen des neuen Modells: „Es droht ein politisches Machtkartell in Nordrhein-Westfalen! Die Änderungen erschweren es, ein Mandat zu bekommen und eine Fraktion zu bilden. Hinzu kommt: An der mathematischen Begründung der Antragsteller bestehen erhebliche Zweifel. Nach unseren Berechnungen wird die Erfolgswertgleichheit der Stimmen durch das neue Modell deutlich gesenkt.“

Tausende Wählerstimmen würden wirkungslos werden. „Das neue Gesetz

von Schwarz-Rot-Grün basiert auf einem Rechenmodell, das die Wählerstimmen systematisch verzerrt. CDU und Grüne wussten durch ein eigenes Geheim-Gutachten bereits früh von dieser Wirkung, trotzdem hat man das Gesetz verabschiedet“, sagt Höne. Für uns Freie Demokraten steht fest: Ein sensibles Thema wie das Wahlrecht verlangt nach höchster Sorgfalt. Unser Wahlrecht muss über jeden Zweifel erhaben sein. „Wir Freie Demokraten werden vor dem Verfassungsgerichtshof klagen! Die Keimzelle der Demokratie darf nicht geschwächt werden“, macht Höne deutlich.



Henning Höne kritisiert CDU, Grüne und SPD in der Landespressekonferenz.

In Duisburg bangen 26.000 Mitarbeiter und ihre Familien um ihre Arbeitsplätze

Mit 2 Milliarden Euro Steuergeldern, davon mit 700 Millionen Euro die größte Einzelsubvention in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, soll in Duisburg ein Hochofen umgebaut werden. Die Erzeugung des Stahls soll dann zukünftig mit Hilfe von Wasserstoff, anstelle Koks, CO₂-neutral erfolgen.

Der Pferdefuß: Der so produzierte Stahl wird anstatt wie bisher 300 Euro je Tonne dann 600 Euro je Tonne kosten. Der Stahl ist damit auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig.



Christian Loose (AfD)

Hinzu kommt, die Umrüstung von fünf weiteren Hochöfen ist ungeklärt. Diese ebenfalls auf die Produktion des sogenannten grünen, aber am Weltmarkt unverkäuflichen, teuren Stahls umzurüsten, würde mindestens weitere 10 Mrd. Euro kosten.

Unsere heimische Produktion – nicht nur die von Stahl, sondern auch von

Aluminium oder Chemieprodukten – ist im internationalen Wettbewerb – ohnehin von hohen Kosten (Energie, CO₂ Zertifikate usw.) stark belastet.

Die nur ideologisch begründete Produktionsumstellung bei ThyssenKrupp Steel wird mit der einhergehenden Verdoppelung der Kosten, die Chancen von Duisburger Stahl am Weltmarkt zunichtemachen. Kaufzwänge, wie sie seitens der Landesregierung für den teuren Stahl, im Rahmen von bspw. öffentlichen Bauprojekten vorgeschlagen werden, sind Zeichen eines weiteren Abgleitens der Politik in eine staatsdirigistisch gegängelte Planwirtschaft, die allem entgegensteht, was unser Land zu Freiheit und Wohlstand geführt hat.



Nordrhein-Westfalen-Tag in Köln: De

17./18. August 2024 – Der Nordrhein-Westfalen-Tag, auch kurz NRW-Tag, erinnert an die Gründung des Bundeslandes am 23. August 1946. Nach langer pandemiebedingter Pause war es wieder so weit: Rund 260.000 Menschen kamen am letzten Wochenende der Sommerferien in Köln zusammen, um den Landesgeburtstag zu feiern.

Demokratie bedeutet für mich ...

Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern bei der Mitmachaktion des Landtags zum NRW-Tag

„... dass jede und jeder die Chance hat, zu seinem und ihrem Recht zu kommen und dazu auch die Hilfe durch öffentliche Institutionen bekommt.“

„... Meinungsvielfalt zuzulassen und eigene Positionen zu vertreten, ohne andere dafür abzuwerten.“

„... alle zusammen! Mit Verstand, mit Respekt, gemeinsam entscheiden.“

„... die Lebensversicherung, dass keiner meine Rechte stiehlt.“

„... alles! Freiheit, Lebensfreude, Miteinander, Reden, Austauschen, Lernen.“

„... leben und leben lassen.“

„... Freiheit (hoffentlich)!“

„... ich selbst sein zu können.“

„... die Zukunft der Menschheit.“

„... eine wunderbare Basis für unsere Kinder.“

„... alles. Ruhe und Geborgenheit. Frieden.“

„... Um Demokratie muss man kämpfen. Es ist nichts umsonst.“



Manchmal genügt ein einziges Wort, auch wenn es aus der abstrakten Ideenwelt stammt, schon sprudeln die Ideen. Demokratie? Ja, da falle ihr eine Menge ein, sagt eine Mitvierzigerin, als sie den Stand des Landtags beim NRW-Tag im Kölner Rheinauhafen besucht. Sie kramt in Kisten, in denen bunte Buttons und Pins ausliegen, die sich an Taschen und Kleidungsstücke anheften lassen. Das Wort „Demokratie“ steht darauf geschrieben. Ganz schlicht, mal in Orange, mal in Violett, Schwarz, Hell- oder Dunkelblau.

„Demokratie ist gut für mich“, sagt die Frau und wühlt weiter in den Kisten, die an eine Süßigkeitenauslage im Kiosk erinnern. Demokratie müsse stets erneuert werden, sagt die Frau überzeugt. „Dafür demonstriere ich auch.“ Man müsse eben klare Kante zeigen gegen alles, was die Demokratie bedrohe. So schreibt sie es auch auf eine Postkarte, die am Stand ausliegt. Dann bringt sie den Button an ihrer Umhängetasche an – für sie wie für viele andere an diesem Wochenende ein politisches Statement in einer Zeit, in der Demokratie zunehmend unter Druck gerät und die Stimmen von Skeptikerinnen und Skeptikern lauter werden.



Bei der Mitmachaktion des Landtags schreiben Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zur Demokratie auf Postkarten.
Fotos: Kitschenberg

Demokratie, nicht nur zur Sommerzeit



Beliebtes Fotomotiv: Aufsteller vor den Infozelten des Landtags

Mehr als 400 Menschen hinterlassen bei der Mitmachaktion des Landtags ihre Botschaften auf Postkarten mit der Aufschrift „Demokratie bedeutet für mich ...“. Demokratie sei wichtig, sie müsse bewahrt und geschützt werden – so der einhellige Tenor. Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Vielfalt: Diese Begriffe erscheinen in Variationen immer wieder auf den Postkarten. Vereinzelt entlädt sich Frust, vor allem aber äußern die Besucherinnen und Besucher ihren Dank und ihre Wertschätzung für die Staatsform, über die Goethe einst schrieb: „Die Demokratie rennt nicht, aber sie kommt sicherer zum Ziel.“

Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit

Der Nordrhein-Westfalen-Tag sei ein „Fest der Demokratie“, sagte André Kuper, Präsident des Landtags, im Vorfeld zum NRW-Tag. „Zum Landesgeburtstag zeigen das Land und der Landtag, wie vielfältig unser Bundesland ist.“

An den Ständen des Landtags konnten Besucherinnen und Besucher an zahlreichen Mitmachaktionen teilnehmen und sich über die Arbeitsweise des Parlaments informieren. Für Erinnerungsfotos stand die Nachbildung des Redepults aus dem Plenarsaal bereit. Eine Fotobox druckte Motive zum Mitnehmen aus. Die Gäste des NRW-Tags konnten entdecken, welche teils überraschenden Berufe im Landtag vertreten sind und wie spannend es ist, dort zu arbeiten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Petitionsausschusses informierten über ihre Arbeit und erklärten, wie der Ausschuss Bürgerinnen und Bürgern mit Rat und Tat zur Seite steht, wenn sie Ärger mit Ämtern und Behörden haben.



Das Land feiert rund um die Kranhäuser im Kölner Rheinauhafen.

Mehr als 200 Aussteller auf 2,5 Kilometern

Für Abwechslung sorgten zahlreiche weitere Stände beim NRW-Tag: Die fünf im Landtag vertretenen Fraktionen präsentierten sich mit je eigenen Ständen; Abgeordnete stellten sich den Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Zu den rund 200 Ausstellerinnen und Ausstellern auf der mehr als 2,5 Kilometer langen Meile im Kölner Rheinauhafen zählten Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste mit einer eigenen Blaulichtmeile. Rund 100 Ehrenamtsorganisationen sowie 40 Städte und Regionen aus Nordrhein-Westfalen präsentierten sich zudem mit eigenen Angeboten.

Auch das traditionelle Sommerkonzert der Landesregierung wurde in die Feierlichkeiten integriert. Die Nordwestdeutsche Philharmonie spielte auf großer Bühne unter dem Motto „Umsonst und draußen“ auf dem Roncalli-Platz, der in Köln geborene Reggae-Sänger Patrice trat im Rheinauhafen auf. *red/tob*

Nordrhein-Westfalen-Tag

Der Nordrhein-Westfalen-Tag wurde erstmals 2006 anlässlich des 60. Landesgeburtstags in Düsseldorf gefeiert. Seitdem findet er an einem Wochenende in wechselnden Regionen des Landes statt, seit 2012 im regelmäßigen Turnus von zwei Jahren. Bisher wurde der NRW-Tag in Düsseldorf (2006), Paderborn (2007), Wuppertal (2008), Hamm (2009), Siegen (2010), Bonn (2011), Detmold/Kreis Lippe (2012), Bielefeld (2014), Düsseldorf (2016) und Essen (2018) gefeiert. In den Jahren 2020 und 2022 konnte der Tag pandemiebedingt nicht stattfinden.

Porträt: Dr. Günther Bergmann (CDU)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dr. Günther Bergmann (CDU). Der 59-Jährige ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales sowie Sprecher seiner Fraktion im Petitionsausschuss.

Für einen Social-Media-Star würde man Dr. Günther Bergmann auf den ersten Blick nicht unbedingt halten: Anzug, Krawatte, graues Haar. Es sind die kleinen Pointen, die er in seine Reden einbaut und die ihn für den Instagram-Kanal der CDU-Fraktion so wertvoll machen: Wenn er gegen politische Gegner ausholt, ohne laut zu werden. Aber bissig und zugespitzt. Fragt man ihn nach seinen Hobbys, erklärt sich das Talent. Der 59-Jährige ist seit vielen Jahren aktiv in der Kabarettgruppe „Die singenden Leerer“. Sie wollen „den politischen Unrat des Jahres einsammeln“.

Auf Umwegen zur CDU

Und davon weiß Günther Bergmann eine Menge zu erzählen – schon bevor man ihn zu seinem politischen Werdegang befragt hat, sprudelt es aus ihm heraus: dass seine, aber auch andere Parteien nicht erkannt hätten, dass die Zeit sich heute zu schnell

drehe, um Fünf-Jahres-Pläne aufzustellen. Dass die Politik endlich verstehen müsse, dass heute kaum noch Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz aus einer Grundeinstellung heraus machten. „Früher hat man CDU gewählt, weil man die gesellschaftliche Idee des Bewahrens geteilt hat – heute wählen viele Menschen bei jeder Wahl etwas anderes.“

Bergmann kam auf Umwegen zur CDU. Geboren wurde er 1965 in Kalkar, leistete nach dem Abitur Wehrdienst, studierte in Mainz unter anderem Politik und Jura. Als Schüler am Niederrhein trug das Kernkraftwerk „Schneller Brüter“ in Kalkar zu seiner Politisierung bei. Große Demonstrationen zogen an seiner Haustür vorbei und er zog mit. Ein Sonnenblumen-Poster hing über dem Bett, die Atomkraft sah er damals sehr skeptisch. „Aber dann habe ich gesehen, wie die Demonstranten achtlos über die Felder der Bauern liefen, überall ihren Müll und ihre Flaschen

herumliegen ließen“, erzählt Bergmann. 400 Mark Pfand habe er damals eingesammelt, sein Plakat eingerollt und sei in die Junge Union eingetreten: „Die Bewahrung der Schöpfung schien mir dort am stärksten im Fokus.“

Es war eine politisch aufregende Zeit, in der Günther Bergmann heranwuchs. In die Abi-Zeitung schrieben Mitschüler, seine schwarze Seele werfe selbst im Keller Schatten. Dabei wollte er anfangs nur in der Jungen Union aktiv sein und gar nicht in die CDU eintreten, ein persönlicher Brief von Helmut Kohl überzeugte ihn schließlich doch. Es folgten viele Jahre Kreisvorstand

Zur Person

Dr. Günther Bergmann (59) wurde in Kalkar geboren. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er die Fächer Politikwissenschaft, Neuere und Mittlere Geschichte sowie Rechtswissenschaft an der Universität Mainz. Dem Magisterabschluss 1990 folgte drei Jahre später die Promotion. Anschließend war er Assistent der Geschäftsführung und Mitarbeiter Marketing für Osteuropa bei einem Beratungsunternehmen. Von 1998 bis 1999 war Bergmann Vorstandsassistent und Leiter PR & Kommunikation bei einem Bauunternehmen, danach selbstständiger Unternehmensberater für PR & Kommunikation. Seit 1984 ist er CDU-Mitglied, seit 2009 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Kleve. Von 1994 bis 2014 war er Mitglied im Rat der Stadt Kalkar, davon zehn Jahre CDU-Fraktionsvorsitzender. Seit Mai 2012 ist er Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Das Havanna-Quartett und Adiós Hemingway von Leonardo Padura, weil man dort Kuba so wunderbar präsentiert bekommt und kennenlernt und dadurch Land und Leute besser versteht.

Welche Musik hören Sie gerne?

Seit Jahrzehnten bin ich Rod-Stewart-Fan und war schon auf rund 20 Konzerten von ihm, erst neulich wieder in Köln.



und der Kreisvorsitz in Kleve, ehe er sich 2012 erstmals um ein Landtagsmandat bewarb – aus der freien Wirtschaft wechselte er komplett in die Politik. Zuletzt war der 59-jährige selbstständiger Unternehmensberater für PR und Kommunikation.

Mit Schorsch im Kirchenchor

Seit zwölf Jahren nun pendelt Günther Bergmann zwischen dem Kreis Kleve und Düsseldorf. „Als Landtagsabgeordneter musst du das ganze Land im Blick, aber dein Herz in der Region haben“, sagt er. So bringe er als Niederrheiner das Thema Hochwasserschutz immer wieder ein, lerne im Gegenzug aber auch die Interessen von Waldbauern aus Südwestfalen kennen. „Diese Mischung macht NRW aus: Wir haben alte Industrien und innovative Hubs, eine Vielfalt, die wohl einmalig ist.“

Froh ist er über die Möglichkeit, nach einem Sitzungstag noch nach Hause zu fahren. Vor allem an Montagen – abends ist Kirchenchor. Da sitzt Günther Bergmann dann wieder neben Schorsch, wie immer schon, und erfährt, wie der auf die Weltlage blickt. „Das erdet“, sagt der Abgeordnete.

Maike von Galen

Neuer Doyen

Dr. Dan Moraru, Generalkonsul der Republik Rumänien, ist neuer Doyen des Konsularischen Korps in Nordrhein-Westfalen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte den Diplomaten am 4. September 2024 zu seinem ersten Auftritt in neuer Funktion im Parlament. Gekommen waren rund 50 weitere Generalkonsulinnen und Generalkonsule sowie diplomatische Vertreterinnen und Vertreter. Moraru hat das Amt des höchsten Repräsentanten des konsularischen Korps von der ehemaligen portugiesischen Generalkonsulin, Lúcia Margarida Bandeira Nabais, übernommen. Sie ist nun bei den Vereinten Nationen in



Präsident André Kuper (r.) mit dem neuen Doyen Dr. Dan Moraru. Foto: Lammert

New York tätig. Nordrhein-Westfalen beheimatet eines der größten diplomatischen Korps in Deutschland und ist damit auch ein Knotenpunkt für diplomatische Aktivitäten.

Informationsreise nach Prag

Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Landtags NRW reiste unter Vorsitz von Staatsminister a.D. Peter Biesenbach Ende Juni in die Hauptstadt der Tschechischen Republik, nach Prag. Anlass dazu bot das 35. Jubiläum der historischen Ereignisse in der Deutschen Botschaft von 1989, unmittelbar im Vorfeld des Berliner Mauerfalls. Das Programm der Informationsreise unter Federführung des Heinz-Kühn-Bildungswerks thematisierte prägende Momente der tschechischen, der deutschen und der gesamteuropäischen Geschichte. Die Ehemaligen informierten sich unter anderem im Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik über aktuelle Demokratie-Themen und die politische Lage.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am Dienstag, 15. Oktober 2024. Sie ist ab Freitagnachmittag, 11. Oktober 2024, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Ein Viertel jungen Gouda; das ist ein gutes Stück „Niederrheinlande“. Eine Vorliebe, die ich übrigens mit vielen im Grenzgebiet ebnen teile, wie jene für Pommes Frites – aber die schmecken ja nicht aus dem Kühlschrank ...

Ihr liebstes Reiseziel?

Buenos Aires. Dort sind Südamerika mit Spanien und Italien sowie einem Sprengel Deutschland auf wunderbare Art und Weise vereint.

Foto: Lisa Drunkemühle

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnapertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 13. September 2024, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Schälte

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Der Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmeltzer (2.v.r.) eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit (v.l.) Rüdiger Mahlo, Repräsentant der Claims Conference in Europa, Herbert Rubinstein, Holocaust-Überlebender, und Dominik Grobien, Referatsleiter im Bundesministerium der Finanzen. Fotos: Schälte



Der Weg zur Versöhnung

Vor mehr als 70 Jahren wurde das „Luxemburger Abkommen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland sowie Israel und der Jewish Claims Conference geschlossen. Es war der erste Schritt zur Aussöhnung zwischen den beiden Staaten nach Ende der Nazi-Diktatur und dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Eine Ausstellung im Landtag zeigte die Geschichte des Abkommens und die deutschen Bemühungen, Verantwortung für die Verbrechen im Nationalsozialismus zu übernehmen. Dabei standen die Geschichten der Überlebenden im Mittelpunkt.

